

Die Fortpflanzungsmedizin – ein Stiefkind der Politik

Ein restriktives Gesetz und langsame Revisionsprozesse

Das schweizerische Gesetz über die Fortpflanzungsmedizin ist restriktiv und gilt vielerorts als überholt. Ein Reformprojekt kommt nur langsam voran. Der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller will jetzt vom Bundesrat offiziell wissen, warum sich die Arbeiten verzögern. Derweil reisen viele Paare für hierzulande verbotene Behandlungen ins Ausland.

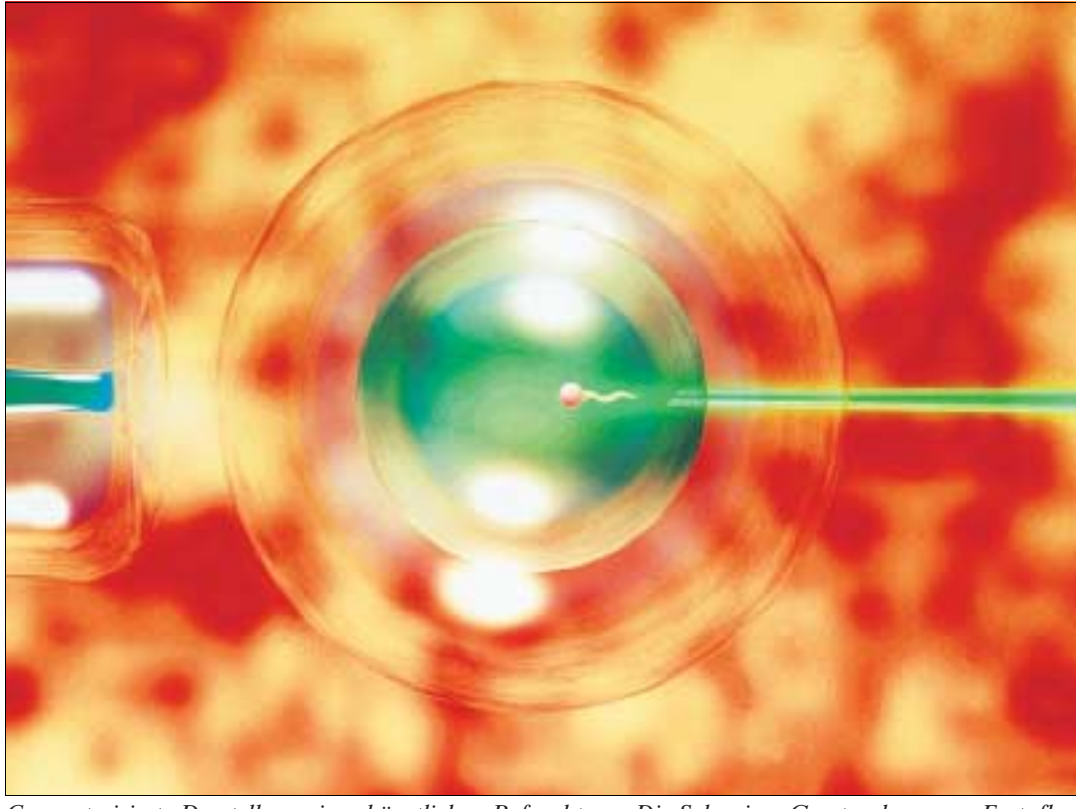
crz. Für das Parlament ist die Sache klar: Das im Gesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung festgeschriebene Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) soll fallen. Das hat das Parlament im Jahr 2005 beschlossen und dem Bundesrat den Auftrag erteilt, eine entsprechende Regelung auszuarbeiten. Seither wartet man auf eine Vernehmlassungsvorlage. Mehrmals wurde sie schon angekündigt, doch bis heute ist sie ausstehend. Für den Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller wird dieser Zustand allmählich zum Ärgernis. Mit einer Interpellation, welche er kurz vor Weihnachten eingereicht hat, verlangt er vom Bundesrat eine Stellungnahme. Er will wissen, wann mit der Vernehmlassungsvorlage gerechnet werden kann und warum sich die Arbeiten derart verzögern.

Verbotene Verfahren

Die Präimplantationsdiagnostik ist ein Verfahren, bei dem man den Embryo in vitro untersucht, bevor er der Frau eingepflanzt wird. Sie kommt dann zur Anwendung, wenn ein Paar damit rechnen muss, seinem künftigen Kind eine schwere Erbkrankheit zu übertragen. Das Thema hatte zu hitzigen Diskussionen über Eugenik und Designer-Babys geführt, und diese mündeten letztlich – von Ängsten getrieben – in einem Verbot der PID. Dieses Verbot hat das Parlament 2005 aber wieder aufgehoben, seither liegt der Ball beim Bundesrat.

Die PID ist nicht das einzige Verfahren, welches das Schweizer Gesetz über die Fortpflanzungsmedizin verbietet. Verboten ist in der Schweiz auch die Spende von Eizellen und Embryonen. Eine Eizellenspende kommt dann in Betracht, wenn eine Frau mit Kinderwunsch selber keine Eizellen produziert. Für viele Schweizer Paare ist das Verbot aber kein Grund, auf diese Behandlung zu verzichten. Sie reisen dafür einfach in Länder, die diese Bereiche liberaler handhaben als die Schweiz, zum Beispiel nach Spanien. Empfehlungen zu entsprechenden Adressen erhalten sie oft von Schweizer Fortpflanzungsmedizinern. Wie viele jährlich von diesen Angeboten Gebrauch machen, kann Bruno Imthurn, Klinikdirektor und Fortpflanzungsmediziner am Universitätsspital Zürich, zwar nicht genau sagen. Es handle sich aber um einige hundert, schätzt er.

Die Eizellen, die in Spanien verwendet werden, stammen laut Imthurn in der Regel nicht von Spanierinnen, sondern fast ausschliesslich aus Osteuropa. Dort ist die Fortpflanzungsmedizin aufgrund der vergleichsweise liberalen Gesetze



Computerisierte Darstellung einer künstlichen Befruchtung: Die Schweizer Gesetzgebung zur Fortpflanzungsmedizin ist vergleichsweise restriktiv.

MEHAU KULYK / KEYSTONE / SCIENCE PHOTO LIBRARY

durchaus ein Geschäft. Rund 1000 Euro, sagt Imthurn, könne zum Beispiel eine Ukrainerin mit einer Eizellenspende verdienen – das sei eigentlich zu wenig, meint er, betrachte man die gesundheitlichen Risiken und Belastungen, die mit der Entnahme von Eizellen verbunden sind. Und eine Klinik im russischen St. Petersburg etwa preist auf ihrer Homepage in deutscher Sprache die Schönheit, Gesundheit und Intelligenz ihrer Spenderinnen.

Viele Ängste unbegründet

Es stellt sich die Frage, ob die restriktiven Regelungen in der schweizerischen Gesetzgebung den heutigen Realitäten noch angemessen sind. Es bestehe auf jeden Fall Diskussionsbedarf, sagt Christoph Rehmann-Sutter, scheidender Präsident der nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK). Die NEK hat sich schon vor längerem für eine Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ausgesprochen. Zur Frage der Eizellen- und Embryonenspende hat sie zwar noch keine offizielle Stellungnahme verabschiedet, man werde diese Themen aber in der nächsten Zeit aufgreifen. Die Verbote im geltenden Schweizer Gesetz spiegeln laut Rehmann-Sutter die Bioethik-Diskussion der neunziger Jahre wider. Das allgemeine Unbehagen gegenüber den neuen Möglichkeiten der Biotechnologie hätte damals für restriktive Regelungen gesorgt. Heute wisse man nicht zuletzt dank den Erfahrungen aus dem Ausland, dass viele dieser Ängste unbegründet seien, meint Rehmann-Sutter.

Gegen die Zulassung der Eizellenspende wird aus ethischer Sicht oftmals das Argument der «gespaltenen Mutterschaft» angeführt. Gemeint ist damit, dass die genetische Mutter nicht die gleiche Person ist wie diejenige, die das Kind auf die Welt bringt. Rehmann-Sutter leuchtet dieser Vorbehalt nicht ein. Er stellt in seiner Beurteilung dieser Fragen das Beziehungsumfeld des Kindes ins Zentrum der Betrachtungen. Er kommt deshalb zum Schluss, dass es zum einen bei der Samenspende eine vergleichbare Situation gebe wie bei der Eizellenspende. Und zum anderen bleibe die Mutterschaft das Resultat von Schwangerschaft und Geburt. Ganz anders beurteilt Rehmann-Sutter aus diesen Überlegungen die – in der Schweiz ebenfalls verbotene – Leihmutterschaft, deren Zulassung er ablehnt.

Bevormundete Eltern

Hingegen müsse man über die Zulassung der Embryonenspende reden, sagt der noch amtierende NEK-Präsident. Immer wieder führen Behandlungszyklen in der Fortpflanzungsmedizin zu überzähligen Embryonen. Heute können die «Eltern» dieser Embryonen nur entscheiden, ob ihre Embryonen vernichtet oder der Forschung zugeführt werden sollen; eine Spende, dank welcher letztlich der Embryo überleben könnte, ist nicht erlaubt. Mit dem Verbot der Embryonenspende ist auch Ständerat Felix Gutzwiller nicht zufrieden. Dass die Eltern in dieser Frage derart vom Staat bevormundet würden, sei zumindest sehr fragwürdig, meint er.

Vorsichtige Haltung zum Gaza-Krieg

Ausgewogene Erklärungen

Das Auswärtige Departement von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat im Gaza-Krieg einseitige Schuldzuweisungen vermieden. Dass es dennoch Kritik aus Israel hagelt, hat mit der Vergangenheit und dem Verhalten einiger Parlamentarier zu tun.

sig. Während des Libanon-Feldzugs im Sommer 2006 trübte eine Pressemitteilung des Eidgenössischen Departements (EDA) für auswärtige Angelegenheiten das Verhältnis zwischen Bern und Tel Aviv. «Libanon: Die Schweiz verurteilt die unverhältnismässige Reaktion Israels», war das Communiqué überschrieben. Die Angriffe des Hizbullah hingegen wurden erst im zweiten Satz erwähnt beziehungsweise «verurteilt».

Kritik trotz Zurückhaltung

Am vergangenen 27. Dezember begann die israelische Artillerie- und Luftoffensive im Gazastreifen. Gleichentags veröffentlichte das EDA eine Mitteilung mit dem Titel: «Situation im Nahen Osten: Das EDA fordert alle Parteien zur Zurückhaltung auf.» Diesmal «verurteilte» die Schweiz zuerst die Hamas, die «unverhältnismässigen Reaktionen der israelischen Streitkräfte» hingegen erst im dritten Absatz.

Zwei Wochen lang hatte die israelische Diplomatie nichts gegen die schweizerischen Stellungnahmen einzuwenden. Erst als die Schweiz vergangene Woche im Uno-Menschenrechtsrat einen Antrag für eine Sondersitzung zum Gaza-Krieg unterstützte, warf der Gesandte Tel Aviv in Bern, Ilan Elgar, dem Bundesrat in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung» einseitige Parteinahme vor. Der Israelitische Gemeindebund und die Plattform der liberalen Juden der Schweiz doppelten am Montag nach und verlangten vom Bundesrat zum Krieg im Gazastreifen eine «ausgewogene Haltung».

Stimmhaltung im Menschenrechtsrat

Als der Menschenrechtsrat der Uno gleichentags eine israelkritische Resolution verabschiedete, enthielt sich die Schweiz der Stimme. Der Vertreter Berns, der bei ähnlichen Texten in der Vergangenheit oft die Hand gehoben hatte, verlas in Genf eine Rede, die jedem Vorwurf der Parteilichkeit standhält. Ein anderer Ausdruck der vorsichtigen Politik gegenüber dem Staat Israel ist die Fortsetzung der Rüstungskonvention, die nur von linker Seite in Frage gestellt wird. 2002 hatte der Bundesrat diese Zusammenarbeit aus humanitären Überlegungen vorübergehend auf Eis gelegt.

Alles in allem haben die reflexartigen Vorwürfe an die Adresse des Bundesrats zurzeit wohl weniger mit dem Gaza-Krieg zu tun als mit der Rolle, welche die Schweiz in den vergangenen Jahren im Nahen Osten gespielt hat. Im Fall des 2008 unterzeichneten Erdgas-Deals mit Iran ist das offensichtlich. Zwar geschäftlich auch andere europäische Regierungen mit Iran, aber kaum eine liess sich von Teheran so vorführen wie die schweizerische im vergangenen Frühjahr. Auch das offizielle Engagement für die private «Genfer Initiative» kam in Israel teilweise schlecht an. Dazu kommt das Schweizer Stimmverhalten im Menschenrechtsrat der Uno. Positiv mit der Schweiz assoziiert wird ihr Einsatz für den «Roten Davidstern», das zusätzliche Emblem der Genfer Konventionen.

Der Versuch des EDA, sich in diesem Krieg im Nahen Osten unparteiisch zu verhalten, wird zudem von Parlamentariern durchkreuzt, die als Anwalt der Palästinenser auftreten und einen Teil der Realität ausblenden. Wenn der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Geri Müller (gps., Aargau), an Anti-Israel-Demonstrationen als Redner auftritt, wird er im Ausland als Vertreter der offiziellen Schweiz wahrgenommen.

Heks hilft im Gazastreifen mit 100 000 Franken

Auch juristische Unterstützung

(ap) Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) stellt für die humanitäre Hilfe im Gazastreifen 100 000 Franken zur Verfügung. Gemeinsam mit seiner Partnerorganisation Physicians for Human Rights (PHR - Israel) will das Hilfswerk medizinisches Material an Gesundheitsinstitutionen zur Verfügung stellen, wie Heks am Montag mitteilte.

Den mit Verletzten der Bombardierungen überfüllten Krankenhäusern fehle es an medizinischen Hilfsmitteln und Personal, und der Transport von Verletzten gestalte sich ebenfalls schwierig. Heks engagiere sich mit dem Kauf, Transport und der Verteilung von medizinischen Hilfsmitteln und Medikamenten, darunter insbesondere Intensivpflegestationen und orthopädische Prothesen. Das Hilfswerk unterstützt ausserdem juristische Massnahmen seiner Partnerorganisation bei den israelischen Behörden im Fall der Verhinderung humanitärer Hilfe.

Tessiner wollen mehr Chefs in Bundesbern

Laut Personalamt sind Italienischsprachige angemessen vertreten

Tessiner Parlamentarier kritisieren, dass die italienische Sprache in der Bundesverwaltung vernachlässigt werde und zu wenige Tessiner Kaderstellen besetzt. Laut dem Eidgenössischen Personalamt sind die Italienischsprachigen aber angemessen vertreten.

fon. Bern, 12. Januar

Auf dem Papier ist die Sache klar: Die Bundesverwaltung ist multikulturell und mehrsprachig. Deutschschweizer, Welsche, Tessiner und Rätoromanen sind auf allen Hierarchiestufen gemäss ihrem Bevölkerungsanteil vertreten und können in deutscher, französischer oder italienischer Sprache arbeiten. In Tat und Wahrheit ist es mit «Multikulti» in Bundesbern nämlich nicht sehr weit her. Vor allem von Tessiner Seite wird schon seit Jahren kritisiert, dass die italienische Sprache vernachlässigt werde. Auch gebe es beim Bund viel zu wenige Tessiner in Kaderpositionen.

Geringgeschätztes Italienisch

Der Bundesrat hat sich bereits mehrfach mit der Frage beschäftigt, wie die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung gefördert werden kann. Die von ihm erlassenen Leitlinien haben aller-

dings nicht viel bewirkt. Die Weisungen seien eine Farce, sagen denn auch Insider. Die italienische Sprache werde in der Bundesverwaltung generell geringgeschätzt, was sich beispielsweise darin zeige, dass gewisse Texte gar nicht ins Italienische übersetzt würden. Tatsächlich ist es für einen Tessiner in der Praxis kaum möglich, in seiner Muttersprache zu arbeiten. Selbst wenn er seine Texte auf Deutsch oder Französisch verfasst, müssen sie meist noch durchgesehen werden. Für den Arbeitgeber ist das wenig attraktiv.

Italienischsprachigen Stellenbewerbern würden deshalb nicht dieselben Chancen eingeräumt wie den deutschsprachigen, kritisieren Tessiner Parlamentarier. Fabio Pedrina, SP-Nationalrat aus Airolo und Präsident der Tessiner Deputation der eidgenössischen Räte, ortet das Hauptproblem bei den Personalchefs. Diese seien in aller Regel Deutschschweizer und würden vorzugsweise Bewerber deutscher Muttersprache anstellen, erläutert er. Um das zu ändern, ist die Tessiner Deputation kürzlich beim Bundesrat vorstellig geworden. Sie hat ihm Vorschläge unterbreitet, wie die Vertretung der Tessiner in Kaderpositionen zu verbessern sei. So soll künftig ein kleines mehrsprachiges Team eingesetzt werden, um die Stellenbewerber zu beurteilen. Weiter sollen die Weisungen des Bundesrates zur Mehrsprachigkeit griffiger ausgestaltet werden, indem die Führungskräfte verpflichtet werden, für eine angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten innerhalb ihrer Dienststelle zu sorgen. Kommen sie dieser Aufgabe nicht nach, soll dies Sanktionen, etwa im Lohnbereich, nach sich ziehen.

Ob die Forderungen der Tessiner Parlamentarier berechtigt sind, ist allerdings eine andere Frage. Nach Auskunft des Eidgenössischen Personalamts (EPA) sind die Italienischsprachigen in der Bundesverwaltung nämlich keineswegs unter-

vertreten. Im mittleren Kader ist der Sollwert von 4,3 Prozent laut EPA knapp erreicht (die Mitarbeiter der Übersetzungsdienste sind nicht eingerechnet), während er auf der höchsten Verwaltungsstufe mit 5,3 Prozent sogar übertroffen wird. So besetzen derzeit zwei Tessiner – Mauro Dell'Ambrogio, Staatssekretär für Bildung und Forschung, und Bruno Oberle vom Bundesamt für Umwelt – einen Direktorenposten. Weitere italienischsprachige Spitzenbeamte sind laut Auskunft von EPA-Sprecher Anand Jagtap im Auswärtigen Departement zu finden. Diese Zahlen geben laut Jagtap allerdings keinen Aufschluss darüber, ob es sich um «echte» Tessiner handelt oder um italienischsprachige Secondos.

Tessin kümmert sich zu wenig

Wie viele Tessiner in der Bundesverwaltung arbeiten, hängt aber nicht nur mit der Personalpolitik in Bundesbern zusammen. Nach Erfahrung der Personalabteilungen sei es oft schwierig, qualifizierte Tessiner Bewerber zu finden, weiss Jagtap. Auch Pedrina räumt ein, dass es mitunter an der Bereitschaft der Tessiner hapere, die sprachlichen und kulturellen Barrieren zu überwinden und sich im deutschsprachigen Bern niederzulassen. Die Parlamentarier suchen deshalb den Kontakt mit jungen Tessinern, die in der Deutschschweiz studieren, und regen sie dazu an, sich nach dem Abschluss des Studiums nach einer Arbeitsstelle in der Bundesverwaltung umzutun. Daneben wolle man bei frei werdenden Kaderstellen auch selber aktiv werden und sich nach geeigneten Bewerbern umsehen, sagt Pedrina. Grösseres Engagement erwartet er von der Tessiner Kantonsregierung. Diese habe sich bis anhin zu wenig darum gekümmert, die Vernetzung mit Bundesbern zu fördern und Tessiner Kadermitarbeitern den Schritt in die Bundesverwaltung zu erleichtern.

INHALT

Nachfolgeregelung zum Ärztestopp

Die Gesundheitskommission des Nationalrats wird diese Woche mit der Beratung der Vertragsfreiheit in der Krankenversicherung beginnen. Als Übergangslösung steht das Modell von FMH und Kantonen im Vordergrund. 15